

P R O T O K O L L

über die am Montag, dem 10. Dezember 2012, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

Anwesend waren:

Bgmst. Kurt Burghardt	SPÖ
Vzbgmst. Josef Daubeck	SPÖ

Die Stadträte:

Franz Csucker	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP
Franz Weindl	FPÖ

Die Gemeinderäte:

Susanne Bayer	SPÖ
Margit Bergauer	SPÖ
Ulrike Cap	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Ing. Siegfried Junger	SPÖ
Manfred Luksith	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Dipl.Päd. Martin Wechdorn	SPÖ

Wolfgang Halwachs	ÖVP
Anton Kopf	ÖVP
Claudia Pawlik MEd.	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Renate Stiglitz	ÖVP
Ing. Manfred Trost	ÖVP
Margit Wilmsen	ÖVP

Gerhard Krammer	GRÜNE
Margot Linke	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Ortwin Fischer	FPÖ
Renate Franek	FPÖ
Christine Weindl	FPÖ

Alexander Stetina

Entschuldigt abwesend:

Walter Krichbaumer FPÖ
Elfriede Schönbauer SPÖ

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Der Bürgermeister Kurt Burghardt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

- - - **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g** - - -

Berichterstatter: Bürgermeister Kurt Burghardt

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 2012
2. Stellungnahme zum Prüfbericht vom 19. November 2012
3. Änderung der Kompetenzaufteilung der Stadträte
4. Bestellung Energiebeauftragte(r)
5. Bestellung Bildungsgemeinderat(-räte)
6. Bestellung Jugendgemeinderat(-räte)
7. Zusatz vom Mietvertrag mit der Schulgemeinde der Polytechnischen Schule Gänserndorf
8. Rathaus – Ankauf Bus

Berichterstatter: Vizebürgermeister Josef Daubeck

9. Straßenbeleuchtung – Vergabe von Leistungen
10. Straßenbau – Vergabe Zivilingenieursleistungen
11. Citybus – Erweiterung AST-Maxi
12. Vitrine Bahnstraße – Genehmigung Mietvertrag
13. Schlägerung von Bäumen
14. Diverse Verträge OMV – Pz.Nr. 1809/2, 1709/2 und 2634/3
15. Dienstbarkeitsvertrag EVN – 110-kV-Doppelleitung

Berichterstatter: StR. Christian Worlicek

16. Voranschlag 2013
17. Subventionen
18. Darlehensaufnahme „Straßenbeleuchtung“
19. Erhöhung der Aufschließungsabgabe
20. Änderung der Richtlinien für die Industrie- und Gewerbeförderung
21. Änderung der Richtlinien für die Förderung von erneuerbaren Energiequellen
22. Annahme Erhöhung Aufschlag Darlehen – BAWAG/PSK

Berichterstatter: StR. Franz Csucker

23. Volksschule – Erweiterung Tarife

Berichterstatter: StR. Walter Krichbaumer

24. Regenbogenkindergarten – Erneuerung Küche
25. Kindergarten Wolkenschiff – Abrechnung Bericht

Berichterstatter: StR. Rene Lobner

26. Entsorgung der gefährlichen Abfälle von der Deponie
27. Ankauf eines Bürocontainers für die Deponie
28. Fotovoltaikanlage Feuerwehr
29. Wald – Ankauf eines Anhängers

Berichterstatter: GR. Christine Rohatsch

30. Jahresbericht des Umweltgemeinderates

- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -

31. Personalangelegenheiten
32. ÖBB – Pz.Nr. 2414/33, Dammgasse, Grundankauf
33. Erweiterung Friedhof – Grundankauf
34. Verkauf des Grundstückes Pz.Nr. 1515/65
35. Ansuchen um Industrie- bzw. Gewerbeförderung
36. Vergabe Gemeindewohnung und Genehmigung Mietvertrag
37. Reduzierung Kindergartenbeitrag
38. Abfallbehandlungsvertrag mit der Fa. B.S.U.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Punkt 1: Der Bürgermeister Kurt Burghardt, berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 2012 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Protokoll vom 30. Oktober 2012 genehmigt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss gibt hierzu bekannt, dass er in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzungen seinen Einwand gegen das nicht öffentliche Gemeinderatsprotokoll bekannt geben wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 2: Der Bürgermeister Kurt Burghardt berichtet, dass am 19. November 2012 eine unangesagte Prüfungsausschusssitzung stattgefunden hat. Gibt bekannt, dass die Stellungnahme des Bürgermeisters und des Kassenverwalters (Beilage 1) dem Akt beiliegt.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 3: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Kompetenzaufteilung der Stadträte für Schule, Jugend, Sport und Kultur bzw. für Soziales, Bürgerservice und Integration wie folgt geändert werden soll:

Schule, Jugend, Sport u. Kultur, Franz Csucker SPÖ
Abteilung Bürgerservice III, Stadtzentrale I, Stadtservice IV

- Kinderspielplätze, Fun-Court
- Jugendzentrum, Veranstaltungszentrum
- Tagesmütter, BUM, Kulturhaus, Stadttore
- allg. Schulangelegenheiten (Gym, HAS/HAK, Poly, Sonderschule usw.)
- allg. Kulturangelegenheiten
- allg. Sportangelegenheiten
- VHS
- Museum, Archive
- Kulturveranstaltungen
- kirchliche Angelegenheiten
- Judenfriedhof
- Denkmalpflege
- Verträge die das Ressort betreffen
- Kommissionen

Soziales, Bürgerservice und Integration, Walter Krichbaumer FPÖ
Abteilung Bürgerservice III, Stadtzentrale I, Stadtservice IV

- Soziales u. Familien
- Volksschule, Hort
- Kindergärten, Kinderhaus
- Gesundheitswesen, Rotes Kreuz, Krankenanstalten
- Wohnhausanlagen, Wohnungswesen inkl. gemeindeeigene Gebäude wie Rotes Kreuzgasse 4, Kirchenplatz 9, Eichamtsstraße 49 u. 51, Bahnstraße 60, Pensionistenklub usw.
- Allg. Bürgerangelegenheiten
- Verträge die das Ressort betreffen
- Kommissionen

Frau GR. Margot Linke findet diesen Antrag für lustig, weil bei der Kompetenzaufteilung für das Ressort Schule, Jugend, Sport und Kultur noch immer der Verein Mikilele vermerkt. Diesen Verein gibt es nicht mehr. Wird aus der Liste heraus genommen.

Herr GR. Gerhard Krammer stellt die Frage, welche Gründe es für diese Änderungen der Kompetenzen gibt. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt erklärt hierzu, dass auf Grund der Integrationsprojekte (Kindergärten, Volksschule) es sinnvoll ist, dass der Bereich Volksschule und Hort zum Ausschuss Soziales, Bürgerservice und Integration kommt. Frau Stadtrat Chris-

tine Beck teilt mit, dass sich die ÖVP der Stimme enthalten wird, weil die ÖVP der Ansicht ist, dass die Bereiche Volksschule und Hort nicht in die Kompetenzen von Herrn Stadtrat Walter Krichbaumer kommen sollen.

Der Antrag wird mit 19 Stimmen gegen 12 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen – GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 4: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gemeindebedienstete

Frau Veronika Samstag, Abteilung Stadtservice

zur Energiebeauftragten der Stadtgemeinde Gänserndorf bestimmt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, welche Aufgaben Energiebeauftragte haben. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt hierzu fest, dass die Aufgaben gesetzlich geregelt sind und dass ab 1. Jänner 2013 Energiebeauftragte seitens des Gemeinderates bestellt werden müssen. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass sich Herr GR. Volker Weiss die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen bzw. auch die Unterlagen in der Abteilung Stadtservice ansehen kann.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 5: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass gemäß § 30 a der NÖ. Gemeindeordnung, LGBl. 1000 in der gültigen Fassung, folgendes Mitglied des Gemeinderates als Bildungsgemeinderat bestellt werden soll:

Gemeinderätin Claudia Pawlik MEd.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 6: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass gemäß § 30 a der NÖ. Gemeindeordnung, LGBl. 1000 in der gültigen Fassung, folgendes Mitglied des Gemeinderates als Jugendgemeinderat bestellt werden soll:

Gemeinderat Manfred Luksith

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 7: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Zusatz zum Mietvertrag vom 26. Mai 1997, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Gänserndorf und der Schulgemeinde des Polytechnischen Lehrganges Gänserndorf, genehmigt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob es sich hier um eine nachträgliche Änderung handelt. Herr Stadtrat Franz Csucker teilt mit, dass der ursprüngliche Vertrag auf die Sonderschulgemeinde Gänserndorf und die Schulgemeinde des Polytechnischen Lehrganges Gänserndorf gelautet hat. Da die Sonderschule aus diesem Gebäude ausgezogen ist, ist dieser Zusatz jetzt zu beschließen und es handelt sich um einen Formalakt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 8: Der Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Rathaus bei der Firma Autohaus Schmid Ges. m. b. H. ein Personentransporter der Type „Peugeot Boxer Bus L1H1“ inkl. Zubehör (Tisch) und Sonderleistungen zu Kosten von gesamt € 30.210,-- inkl. Ust. lt. Anbot vom 29. November 2012 angekauft werden soll. Es sollen ein entsprechender Leasingvertrag, als auch eine entsprechende Vollkaskoversicherung vereinbart werden.

Der alte VW Bus soll für den weiteren Gebrauch dem Bauhof zur Verfügung stehen.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob auch ein Angebot von der BBG (Bundesbeschaffungsgesellschaft) eingeholt wurde. Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt hierzu fest, dass insgesamt sieben Angebote von ortsansässigen Firmen eingeholt wurden. Auf Grund der Vielzahl von Angeboten wurde von der BBG kein Angebot eingeholt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 9: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund des Vergabevorschlages der Fa. L.U.X. Beleuchtungskonzepte GmbH die Bestbieterfirma BIGA Cegelec/Legerer mit den Arbeiten zur Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung, zu Kosten von € 2.314.863,36 inkl. Mwst. beauftragt werden sollen.

Herr GR. Gerhard Krammer stellt fest, dass die entsprechende Verordnung der EU bereits im März 2009 in Kraft getreten ist. Diesbezüglich wird kritisiert, dass erst jetzt mit der Umsetzung dieser Verordnung begonnen wird. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass die Ausschreibung für die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung gut vorbereitet wurde und dass die Stadtgemeinde Gänserndorf auf gutem Weg ist. Die Stadtgemeinde Gänserndorf war sicher nicht die erste Gemeinde, welche diese Verordnung umsetzt und ist sicher auch nicht die letzte Gemeinde.

Herr GR. Gerhard Krammer verweist hier auf die Budgetsicherheit. Jetzt müssen diese Erneuerungsarbeiten innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden und dies bedeutet sicher eine enorme Belastung für das Budget. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass es erst ab dem Jahr 2012 eine Förderung für die Erneuerung von Lichtpunkten, d.s. € 100,-- pro Lichtpunkt, durch das Land NÖ gibt. Wenn die Gemeinde bereits vor dem Jahr 2012 mit diesen Erneuerungen begonnen hätte, hätte es auch keine Förderung für die bereits abgeschlossenen Arbeiten gegeben.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, was der Gemeinde passiert, wenn diese Verordnung nicht umgesetzt wird. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass es nach einer gewissen Zeit eine „Aus-Phase“ gibt, das heißt, dass ab einem gewissen Zeitpunkt keine herkömmlichen Leuchten mehr nachgekauft werden können. Außerdem werden nicht nur die Leuchten erneuert, sondern es werden auch alle Schaltpunkte auf den neuesten Stand gebracht.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, welchen Gewinn die Gemeinde durch diese Umstellung bzw. Verbesserung erzielt. Herr Stadtrat Christian Worlicek gibt bekannt, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf derzeit Stromkosten in Höhe von ca. € 100.000,-- für die öffentliche Beleuchtung pro Jahr bezahlt. Laut Berechnungen können hier Einsparungen zwischen 20 und 70 % erzielt werden. Weiters werden durch die Erneuerungsarbeiten sicher auch Einsparungen bei der Instandhaltung erzielt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 10: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Zivilingenieurbüro Kiener Consult Ziviltechniker GesmbH.

- wie bisher mit der Planung u. Bauleitung der Straßenbauarbeiten für das Jahr 2013 zu den Bedingungen lt. Anbot vom 5.11.2012 zu einem Honorar von € 69.543,-- inkl. USt. und
- mit der Variantenuntersuchung für die Errichtung der Radwegbrücke über die Kollerbrücke zu einem Honorar von € 9.036,-- inkl. USt. lt. Anbot vom 23.11.2012

beauftragt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf mit der Leistung des Büros Kiener zufrieden ist. Es sollte aber trotzdem die Möglichkeit genutzt werden, dass auch andere Ziviltechniker bzw. Büros zur Angebotslegung betreffend der Planung und Bauleitung eingeladen werden sollen. Dann kann man auf jeden Fall feststellen, wie die Stadtgemeinde Gänserndorf bei den Kosten liegt.

Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass der jetzige Auftrag nur für ein Jahr gelten soll, weil der Vertrag mit der Baufirma im Jahr 2013 ausläuft. Im Jahr 2013 muss darüber nachgedacht werden, wie die Ausschreibung für das Jahr 2014 gestaltet werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 11: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Einführung eines Citybusses beschließen. Die endgültige Abstimmung betreffend Fahrplan und Route erfolgt (wie bei einer Besprechung mit allen Beteiligten vereinbart) mit dem VOR und mit der zuständigen Abteilung der NÖ Landesregierung.

Mit der Durchführung soll die Fa. Bäck mit einem befristeten Vertrag auf 4 Jahre und jährlichen Gesamtkosten gem. Angebot vom 21.11.2012 in einer Höhe von max. 25.000,-€ (inkl. 10% MwSt.)/Jahr beauftragt werden.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt die Frage, wer das Konzept für den Citybus erarbeitet hat. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt bekannt, dass er den Vorschlag ausgearbeitet hat. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass das Anrufsammeltaxi erweitert wird. Außerdem soll das Budget für den Citybus sichergestellt werden. In weiterer Folge soll dann der Fahrplan festgelegt werden, damit möglichst die Lücken gefüllt werden.

Herr GR. Gerhard Krammer stellt fest, dass der Citybus grundsätzlich die Zustimmung erhalten sollte. Es sollte auf die größtmögliche Abdeckung für die Bevölkerung geachtet werden. Ist daher der Meinung, dass ein Bürgerbeteiligungsverfahren bezüglich des Citybusses erfolgen soll. Danach kann man ein Verkehrskonzept für Gänserndorf erstellen. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt fest, dass für die Linienführung der VOR zuständig ist. Die Stadtgemeinde Gänserndorf darf nur zusätzliche Linien einführen. Auf keinen Fall soll den bestehenden Linien Konkurrenz gemacht werden. Die Linienführung muss daher erst abgeklärt werden. Die Stadtgemeinde Gänserndorf kann auf keinen Fall die Aufgaben des VOR übernehmen.

Herr GR. Gerhard Krammer ist daher der Ansicht, dass jetzt nur ein Grundsatzbeschluss gefasst werden kann. Es sind auch nicht die Einnahmen budgetiert. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass mit dem Citybus alle jene Bürger fahren können, welche eine VOR-Karte haben. Demnach können die Schüler, welche eine Jahreskarte haben, auch am Nachmittag kostenlos mit dem Citybus fahren.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt nochmals die Frage, wer das Konzept für den Citybus erstellt hat. Seiner Meinung nach gibt es kein konkretes Konzept. Es wurde lediglich die Förderwürdigkeit mit den Bediensteten des Landes abgeklärt. Stellt die Frage, ob Alternativen, wie z.B. das Ernstbrunner Modell, angesehen wurden. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass das Ernstbrunner Modell angesehen wurde. Hier handelt es sich um einen privaten Verein, der den Citybus betreibt. Das kommt seiner Meinung nach für Gänserndorf nicht in Frage. Außerdem ist er der Meinung, dass die Jugendlichen nicht das Anrufsammeltaxi benutzen sollten.

Herr Stadtrat Rene Lobner ist der Meinung, dass die vorgesehenen € 25.000,-- pro Jahr nicht ausreichen werden. Hier sind nur vier Fahrten pro Tag gerechnet. Dieser Fahrplan ist für die Masse nicht attraktiv. Es sollte auch mit den Betreibern des Stadtbusses von Deutsch-

Wagram, welcher jetzt in Betrieb gegangen ist, gesprochen werden. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass innerhalb von 10 Minuten ein zweiter Bus in Betrieb genommen werden kann, wenn dafür der Bedarf gegeben ist. Ist dafür, dass der Citybus jetzt eingeführt werden soll. Der Vertrag soll auf vier Jahre abgeschlossen werden. Danach kann eine Änderung der Vorgaben, falls dies notwendig ist, erfolgen. Herr Stadtrat Rene Lobner ist trotzdem der Meinung, dass dieses Angebot, nämlich vier Fahrten täglich, nicht attraktiv genug ist. Es wäre sinnvoll, wenn ein Konzept mit den Nachbargemeinden erstellt wird. Stellt die Frage, ob mit den Nachbargemeinden Kontakt aufgenommen wurde. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck teilt mit, dass mit den Nachbargemeinden nicht gesprochen wurde. Die Stadtgemeinde Gänserndorf will für ihre Bürger etwas machen.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass 30 % Förderung seitens des Landes NÖ. gewährt werden. Weiters bestünde die Möglichkeit einer 50 %-igen Förderung bei Ankauf eines eigenen Citybusses. Stellt daher die Frage, ob ein eigener Citybus auch in Betracht gezogen wurde. Ist daher der Meinung, dass dieser Punkt zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss zurück verwiesen werden sollte. Kritisiert außerdem, dass auf der Homepage der SPÖ bereits vor der heutigen Sitzung verlautbart wurde, dass ein Citybus eingeführt wird.

Herr GR. Gerhard Krammer unterstützt den Grundsatzbeschluss. Es sollte aber berechnet werden, wie viel Geld man in die Hand nehmen muss, um die Trefferquote zu erhöhen. Im vorliegenden Fall bleibt der Citybus am Sonntag völlig unberücksichtigt bzw. ist gänzlich heraus genommen. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt hierzu fest, dass am Samstag und Sonntag die Eltern zu Hause sind und da auch die Jugendlichen in die Stadt führen können. Am Wochenende ist der Bedarf sicher nicht so gegeben, wie unter der Woche. Herr GR. Gerhard Krammer ist der Meinung, dass man die Zahlung für das ASZ reduzieren könnte und dadurch das Angebot des Citybusses erweitern könnte.

Herr Stadtrat Franz Csucker teilt mit, dass früher immer wieder in Zeitungen zu lesen war, was die ÖVP alles in der Gemeinde umgesetzt hat. Jetzt hat die SPÖ vorweg schon mitgeteilt, dass ein Citybus eingeführt wird. Es sollen durch die Installierung des Citybusses die Lücken bei den bestehenden Busverbindungen geschlossen werden.

Herr Stadtrat Franz Weindl findet die Einführung des Citybusses für eine gute Idee. Die FPÖ-Fraktion wird daher diesem Antrag zustimmen. Herr Stadtrat Christian Worlicek teilt mit, dass das Betreiben des Citybusses in Eigenregie durch gerechnet wurde. Diese Variante kommt der Stadtgemeinde Gänserndorf viel teurer.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass das Land NÖ. den Citybus nur bis zu einem Betrag von € 100.000,-- fördert. Ist der Meinung, dass dieses Thema nicht gut durchdacht ist. Der Citybus soll erst im April 2013 in Betrieb gehen. Man könnte daher diesen Punkt nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen und nochmals beraten. Herr Stadtrat Rene Lobner stellt daher den Antrag, dass das Projekt „Citybus“ in den Ausschuss zurückverwiesen werden soll. Man könne dadurch nochmals Berechnungen anstellen und auch Kooperationspartner finden. Weiters kann dann auch ein Konzept ausgearbeitet werden.

Der Antrag von Herrn Stadtrat Rene Lobner wird mit 9 Stimmen (Zustimmung ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia

Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen) gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag wird mit 19 Stimmen gegen 12 Stimmen (ÖVP, Stimmhaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen, GRÜNE, Gegenstimme – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Kamellor

Punkt 12: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der vorliegende Mietvertrag, Vermietung der **Vitrine Nr. 1 (Volksbankplatz – Congar Markt)** in der Bahnstraße mit der Firma

DASGLAS.AT

**Die Glaserei GmbH
Dammgasse 4-6
2230 Gänserndorf**

ab 1. Jänner 2013 genehmigt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 13: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Ahornbaum bei der Liegenschaft Brunnengasse 2 im Bereich der Unteren Kellergasse geschlägert werden soll (Wurzeln heben Gehsteig und Mauerwerk des Gebäudes).

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob hier Ersatzaufforstungen vorgesehen sind. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass Ersatzaufforstungen vorgesehen sind.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 14: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Vereinbarungen zwischen der Stadtgemeinde Gänserndorf und der OMV Austria Exploration & Produktion GmbH bezüglich der Überlassung von Grundstücks-teilen für die Errichtung und Verwendung von Messpunkten auf den Parz.Nr. 1809/2, 1709/2 und 2631/3 beschlossen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Brandtner

Punkt 15: Der Vizebürgermeister Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Dienstbarkeitsverträge V2012/0946 und V2012/0955 zwischen der Stadtgemeinde Gänserndorf und der EVN Netz GmbH bezüglich der Erneuerung der Leitung in stärkerer Ausführung beschlossen werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, ob durch diese Vertragsabschlüsse eventuell zu einem späteren Zeitpunkt eine Beeinträchtigung der Baulandausweitung entstehen könnte. Es sollte daher überlegt werden, ob nicht eine andere Trassenführung möglich wäre. Herr Vizebürgermeister Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass in diesem Bereich Windräder errichtet wurden und dass daher auch in diesem Bereich keine Baulandwidmung möglich ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Brandtner

Punkt 16: Herr Stadtrat Christian Worlicek gibt nachstehenden Bericht zum Voranschlag für das Haushaltsjahr 2013 ab.

Die guten Nachrichten zum Budgetvoranschlag 2013 vorweg.

- Die Einnahmen auf Seite der Ertragsanteile haben sich positiv für die Stadtgemeinde Gänserndorf entwickelt.
- Es wurden keine Rücklagen aufgelöst.
- Es blieb nach Berücksichtigung der Ausgaben ein leichter Überschuss übrig.
- Es liegt ein ausgeglichenes Budget 2013 vor.

Die schlechten Nachrichten.

- Unsere Ausgaben haben sich in mehreren Bereichen (z.B. NÖKAS und Sozialhilfeumlagen) ebenfalls stark erhöht.
- Nicht alle Budgetwünsche konnten erfüllt werden.

Auch wenn insgesamt ein Überschuss zur Verfügung stand, haben wir uns keiner übereilten Euphorie hingegeben. Aber ich denke doch, dass wir insgesamt, unter besonderer Berücksichtigung der folgenden Faktoren, ein vorausschauendes und zukunftsorientiertes Budget erstellt haben:

1. Die nun (leider amtliche) Rezession in der gesamten EU.

2. Eine mittel-/langfristige Tendenz steigender Zinsen.

Die sich negativ auf unsere vorhandenen Darlehen auswirken werden und zu Erhöhungen der jährlichen Rückzahlungen führen werden. Wir hatten bereits im abgelaufenen Jahr mehrere Zinserhöhungen in diesem Bereich.

3. Der (weiterhin) ungebremste Zuzug.

Dieser trägt zwar dazu bei, dass sich unsere Stadt gut positionieren kann. Mehr Einwohner stärken die Wirtschaft und erhöhen die Einnahmen für den Budgethaushalt der Stadtgemeinde. Allerdings auch mit Schattenseiten. Nämlich die finanziellen Belastungen

zum Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Kanal, Wasser, Beleuchtung, Schulen, Kindergärten).

4. Bereits heute bekannte Investitionen.

So wird ab 2014 wieder ein neuer Kindergarten notwendig. Auch wenn die Errichtungskosten zum Teil gefördert werden, wird ein beachtlicher Investitionsbetrag auf uns zukommen.

5. Die Ganztagesesschule steht quasi „vor der Tür“.

Bei aller Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Ganztagesesschule wird dies sicher auch wieder zu weiteren Belastungen der Kommune führen.

6. Die Situation mit unserem Bad.

Die Mittel für die Aufrechterhaltung des Betriebes sind für das Jahr 2013 vorgesehen. In diesem Bereich geht es im nächsten Jahr wieder um einen Abgang i.d.H. von EUR 4.000.000,-. Für mich ist eine möglichst rasche Entscheidung über die weitere Vorgehensweise erforderlich. Ich gehe heute positiv davon aus, dass Gänserndorf auch in Zukunft ein Bad haben wird. Das bedeutet dann aber weitere Investitionen – entweder in eine Renovierung des Bades oder in einen Neubau und damit wieder eine Erhöhung der laufenden Kosten.

7. Zusätzlich besteht ein genereller Investitionsrückstau in vielen Bereichen.

Wie im Straßenbau, die notwendige Sanierung der Stadthalle und bei Gemeindehäusern.

Als eine direkte Konsequenz daraus haben wir uns beispielsweise dazu entschlossen, die notwendigen Investition für die Kinderkrippe (immerhin EUR 250.000,-) nicht über ein Darlehen sondern über den laufenden Haushalt abzudecken.

Nun zu einigen ausgabenseitige Details im Finanzausgleich:

- NÖKAS Zweckaufwand: + 11,7% (EUR 235.093,-)
- Sozialhilfeumlage: + 8,5% (EUR 107.049,-)
- Jugendwohlfahrtsumlage: + 8,2% (EUR 12.108,-)

Wo soll nun unser Geld im Jahr 2013 schwerpunktmäßig eingesetzt werden:

1. Allgemeine Gemeindeaufgaben und Stadtplanung

- Weiterentwicklung der Stadtplanung und des Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. (Stichwort: Viertel-West zwischen Scheunengasse und Johann Marschallstraße)
- Erweiterung des Friedhofes
- Anschaffung eines neuen Gemeindebus
- Erweiterung der Kläranlage
- Straßenbauprogramm mit EUR 800.000,-
- Beginn der Erneuerung eines großen Teils der Straßenbeleuchtung, was als aus ökologischer Sicht einen Meilenstein bedeutet und auch von der EU de facto vorgegeben ist. Auch wenn sich die Umstellungskosten langfristig durch Einsparungen bei den Energie- und Instandhaltungskosten selbst finanzieren, müssen wir trotzdem den Investbetrag als Darlehen vorfinanzieren.
- Sanierungen von Gemeindehäusern. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass es sich hier um einen Durchläufer handelt, der jedoch voll in den Verschuldungsgrad mit einfließt.
- Das beliebte Anrufsammeltaxi wird weitergeführt
- Ein City-Bus soll in Zukunft als zusätzliche „Stadt-Süd“-Verbindung zum Einsatz kommen. (Idealerweise ein Elektro-Bus!)

- Die Nachtstreife soll weitergeführt werden.
- Nicht zu vergessen der Ausflug für die älteren GänserndorferInnen.

2. Mittel für Kinder, Jugend, Schule und Kultur

- Ersatz für das in die Jahre gekommene Haus der Kinderkrippe.
- Vorplanungen für einen neuen Kindergarten ab 2014
- Verstärkte Mittel für Jugendarbeit (Jugendzentrum resp. FREIRAUM) für diverse Projekte, unterstützt durch Streetworker, die unsere „Erwachsenen von morgen“ über viele Lebensbereiche informieren, beraten und aufklären. Konkret für ein Zeitungsprojekt.
- Neuanschaffungen für Spielplätze und den Fun-Park
- Anschaffung weiterer 20 Notebooks für die Volksschule – lt. Plan, wie bereits 2012 begonnen. Mit einer möglichst frühzeitigen Ausbildung in diesem Bereich wollen wir allen einen optimalen Start für die Zukunft ermöglichen.
- Neue IT-Ausstattung in der Hauptschule.
- Weitere Mittel werden für die Gestaltung der Kinderspielplätze bereitgestellt.

3. Wald und Umweltschutzmaßnahmen

- Wald-Aufforstungen und weiterhin natürlich Mittel für die Waldpflege durch WUK und LOK.
- Photovoltaikanlagen für diverse Gemeindegebäude. Der Vollständigkeit halber sei natürlich dazu gesagt, dass hier die Bedeckung über die Rücklage aus der Deponie erfolgt.

4. Kapitel Wohlfahrt, Förderungen und Subventionen

- Wohlfahrt (inkl. Sozialcard: EUR 35.000,-) + 35% (EUR 21.100,-)
- Ganz klar werden auch wieder Förderungen für alternative Energien bereitgestellt.
- Aber auch Förderungen an Gänserndorf Sport- und Kulturvereine sowie wichtige Subventionen für Caritas, Hilfswerk und Volkshilfe sind in ähnlicher Höhe wie 2012 vorgesehen.

Abschließend möchte ich noch ganz klar sagen, dass die Stadtgemeinde aus finanzieller Sicht gut aufgestellt ist. Was auch kürzlich vom Land NÖ weitestgehend bestätigt wurde.

Ich möchte gleich auf den 1. Nachtragsvoranschlag hinweisen, der durchaus auch Möglichkeiten bieten kann, Wichtiges und Dringendes, das nicht im Voranschlag untergebracht werden konnte, zu berücksichtigen.

Daraus ergeben sich nun für die zwei Voranschläge folgende Summen:

Den Ordentlichen Voranschlag: Ausgaben und Einnahmen betragen EUR 20.456.100,-

Den Außerordentlichen Voranschlag: Ausgaben und Einnahmen betragen EUR 6.873.000,-

Ich ersuche nun um Ihre Zustimmung zum Voranschlag für das Haushaltsjahr 2013 laut Haushaltsbeschluss, zum mittelfristigen Finanzplan und zum Dienstpostenplan inklusive der beiliegenden Subventionsliste (Beilage 2).

Herr Stadtrat Franz Weindl nimmt seitens der FPÖ zum Voranschlag 2013 wie folgt Stellung:

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion urgiert ein langjähriges Anliegen zum Budgetvoranschlag 2013:

Nämlich die vermehrte Bereitstellung von Geldmittel für die Straßen- und Gehsteigsanierung. Wir dürfen hier nur auszugsweise einige Straßenzüge nennen, die einer Sanierung bedürfen: das wären die Schubertgasse, die Friedensgasse, Teile der Eichamtsstraße, Teile der Feldgasse und Teile der Gärtnergasse.

Gleichzeitig müssen wir in diesem Zusammenhang feststellen, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf vor einer gewaltigen kommunalpolitischen Aufgabe steht: nämlich durch den enormen Bevölkerungszug ein Auseinanderbrechen der städtischen Infrastruktur zu verhindern. Beispielsweise wird im 2013 ein dem Bevölkerungswachstum gerecht werdender Kindergartenneubau notwendig. Ebenfalls wird es weiterhin Aufgabe sein, zukünftig ausreichend Plätze für unsere Volksschüler zur Verfügung zu stellen. Dies sind aber nur zwei Punkte betreffend einer funktionierenden Infrastruktur.

Um aber eine konstruktive Weiterarbeit zum Wohle der Gänserndorfer Bürger zu ermöglichen, wird die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion dem Voranschlag 2013 in der vorliegenden Fassung zustimmen.

Herr GR. Wolfgang Halwachs nimmt seitens der ÖVP zum Voranschlag 2013 wie folgt Stellung:

Ich möchte mit einem Zitat von Bürgermeister Burghardt beginnen: „Ein offenes und vertrauensvolles Miteinander, die Wertschätzung der vielfältigen Meinungen, Fairness im Umgang miteinander“. Diese Worte kann ich voll und ganz unterschreiben. Nur im Zusammenhang mit dem Budget 2013 klingen sie wie blanker Hohn.

Die SPÖ hat das Ergebnis dieser Gemeinderatssitzung bereits am Sonntag, den 9. Dezember 2012, also bereits einen Tag vor dieser Gemeinderatssitzung, auf ihrer Webseite veröffentlicht. Nach der Rede von FPÖ-Stadtrat Weindl kann man davon ausgehen, dass dieses Budget mit der FPÖ abgesprochen ist und daher die Mehrheit finden wird.

Ein Budget sollte immer von einer breiten Basis getragen werden. Dazu ist es erforderlich, dass alle Ressortverantwortlichen, sprich der Bürgermeister und die Stadträte an einem Tisch sitzen, um zu einer Einigung zu kommen.

Es ist verständlich, dass jeder in seinem Bereich keine Abstriche machen möchte. Aber um einen Konsens zu erreichen ist das leider unumgänglich.

Das jetzt vorliegende Budget ist aber nicht auf diese Weise zustande gekommen. Und das, obwohl der Bürgermeister bei seinem Amtsantritt versicherte, er möchte alle Fraktionen an einen Tisch holen, um ein gemeinsames Budget zu erarbeiten. Es hat sich also um ein reines Lippenbekenntnis gehandelt.

Die Stadträte der ÖVP waren in die Gesamt-Budgetgestaltung nicht eingebunden. Bis zur heurigen Budgeterstellung gab es wenigstens, wenn auch nur alibihalber, eine Budget-Sitzung aller Stadträte. Nicht einmal das ist jetzt offensichtlich mehr der Fall. Allen anderen Worte über ein offensichtlich bereits zwischen der SPÖ-FPÖ-Koalition beschlossenes und auf der SPÖ-Webseite veröffentlichtes Budget erübrigen sich.

Aus den angeführten Gründen wird sich die ÖVP der Stimme enthalten.

Herr Gr. Gerhard Krammer nimmt seitens der GRÜNEN zum Voranschlag 2013 wie folgt Stellung:

Im Grunde genommen handelt es sich bei diesem Budget um eine planlose Fortschreibung der Fehler und Irrtümer der vergangenen Jahre ohne jegliche Investitionsplanung und Zukunftsperspektive.

Planlos, weil man sich von Jahr zu Jahr hantelt, ohne auch nur einen Blick auf längerfristige Investitionen zu werfen, eben weil es keinen Investitionsplan gibt.

Jetzt möchte ich noch einzelne Bereiche hervorheben:

Da wäre z.B. der Sozialbereich

Was hier im Sozialbereich in den letzten Jahren budgetiert wurde und auch jetzt wieder budgetiert wurde ist als Schummelpaket zu bezeichnen. Die letzten Jahre wurde es Beihilfe für Bedürftige genannt. Dafür wurden Jahr für Jahr Gesamtbeträge von € 18.000,- budgetiert. Letztlich wurden je Jahr davon ca. € 500,- an Unterstützungen ausbezahlt. Also insgesamt ein Budgetposten ohne jegliche Trefferquote und ohne nachhaltigem Effekt im Sozialbereich.

Für 2013 nennt es die Kreativabteilung der rot-blauen Koalition Sozial Karte und budgetiert einen Betrag von € 35.000,-. Wenn es bis jetzt ca 5 Anträge für diese Sozialcard gibt, kann man sich ausrechnen, dass es wieder nur ein plakatives Zahlenspiel mit einem Placeboeffekt geben wird, und letztlich zu keiner Stärkung des Sozialbereiches kommen wird. Weiters gibt es im vorliegenden Budget keine Ambitionen und Konzepte, um in den Bereichen Integration etwas zu tun, die Kinderbetreuungsplätze und Zeiten zu attraktivieren oder der dramatisch verschlechterten Jugendbeschäftigungsquote entgegenzuwirken, oder den Wirtschaftsstandort Gänserndorf zu stärken.

Bei der Jugendbetreuung wird wieder keine dringend erforderliche Erhöhung der Stundenanzahl der BetreuerInnen geplant, die den Einsatz einer zusätzlichen MitarbeiterIn mit Migrationshintergrund möglich macht. Das die budgetierte Stundenanzahl für die aufsuchende Jugendbetreuung zu gering ist, ist ja ohnehin hinlänglich bekannt.

Leider passiert auch nichts in Sachen Zentrumsentwicklung – weder für Süd noch für die Stadt und es geht auch nichts weiter, um den Wirtschaftsstandort Gänserndorf zu stärken.

Noch ein paar Worte zum mittelfristigen Finanzplan und dahingehend der entsprechende Leitsatz des Rechnungshofes;

Die mittelfristigen Planungen sollten aufgrund möglichst realistischer Prognosen der finanziellen Lage erstellt werden. Künftige Einnahmen und Ausgaben sollten daher nicht an ein gewünschtes Ergebnis (insbesondere das im Stabilitätspakt vereinbarte Maastricht-Ergebnis) angepasst, sondern unabhängig davon berechnet werden.

Mittelfristige Planungen sollten in ausreichendem Detaillierungsgrad erstellt werden. Sie hätten zumindest eine Prognose der wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenkategorien sowie

der Maastricht-Ergebnisse zu enthalten. Die Planungen sollten auch - unabhängig von der aktuellen Finanzausgleichs- oder Legislaturperiode - regelmäßig fortgeschrieben werden, um eine durchgehende Planung zu gewährleisten.

Und wie sieht der mittelfristige Finanzplan (Maastricht Ergebnis) für die Jahre 2013 bis 2016 im vorliegenden Voranschlag aus:

2013 ein Defizit von 2,4 Mio

2014 ein Defizit von 1,5 Mio

und wie von Zauberhand gefertigt für 2015 finden wir hier ein ausgeglichenes Budget.

Eine Erklärung dafür wird, nehme ich an, niemand hier haben.

Aufgrund der Tatsache, dass es sich bei diesem Budgetvoranschlag wieder um ein Sammelsurium an Einfalls- und Innovationslosigkeit handelt und somit um ein mutloses Mogelbudget ohne Zukunftsperspektiven, werden wir diesen Voranschlag für 2013 ablehnen.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt fest, dass sie der Wortmeldung von Herrn Stadtrat Franz Weindl genau zugehört hat. Bei den sanierungsbedürftigen Straßen fehlen ihr auf alle Fälle die Wege im Friedhof. Diese sind sehr uneben und gehören auf jeden Fall saniert. Herr Stadtrat Franz Weindl teilt hierzu mit, dass es sich nur um eine beispielhafte Aufzählung gehandelt hat.

Herr Stadtrat Rene Lobner findet es schade, dass hier eine historische Chance liegen gelassen wurde. Es hätten sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen sollen und das Budget 2013 besprechen sollen. Der Finanzstadtrat hat zu kurzfristig zu der Besprechung eingeladen (Freitag Einladung – Montag Besprechung). Anscheinend gibt es aber ein Koalitionsübereinkommen zwischen der SPÖ und der FPÖ, was eine Beschlussfassung des Budgets ermöglicht. Aus den angeführten Gründen wird er sich der Stimme enthalten.

Herr Stadtrat Christian Worlicek teilt mit, dass der Budgetentwurf seit 23. November 2012 auf der Homepage der Stadtgemeinde Gänserndorf verlautbart wurde. Herr GR. Volker Weiss findet es ebenfalls schade, dass das Budget 2013 nicht auf breiter Basis erstellt wurde.

Der Antrag wird mit 19 Stimmen und 12 Stimmen (ÖVP, Stimmenthaltung – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Wolfgang Halwachs, GR. Anton Kopf, GR. Claudia Pawlik MEd., GR. Margarete Scheidl, GR. Renate Stiglitz, GR. Ing. Manfred Trost, GR. Margit Wilmsen, GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Volker Weiss, GRÜNE, Ablehnung – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke) angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 17: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- a) dem Ersten Gänserndorfer Musikverein auf Grund des Ansuchens vom 5. November 2012 für die Veranstaltung vom 18. November 2012 (Leopoldkonzert) ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete, d.s. € 265,50 exkl. Ust., gewährt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt die Frage, warum beim Nachlass exkl. Ust. steht. Für ihn stellt sich daher die Frage, wer die Ust. bezahlt. Es wird hierzu erklärt, dass auf den Nettobetrag ein 30 %-iger Nachlass gewährt wird. Dieser verminderte Nettobetrag stellt die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Ust. dar. Folge dessen ist der Nachlass netto zu sehen, also ohne Ust.

Der Antrag wird mit 28 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

- b) der Schulgemeinschaft der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 16. Oktober 2012 für die Abhaltung des Schulballs vom 18. Jänner 2013 ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete, d.s. € 1.003,32 exkl. Ust., gewährt werden soll.

Der Antrag wird mit 28 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

- c) der Schulgemeinschaft des Konrad Lorenz Gymnasiums Gänserndorf auf Grund des Ansuchens vom 22. November 2012 für die Abhaltung des Schulballs vom 11. Jänner 2013 ein 30 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete, d.s. € 705,12 exkl. Ust., gewährt werden soll.

Der Antrag wird mit 28 Stimmen gegen 3 Stimmen (GRÜNE, Stimmenthaltung – GR. Gerhard Krammer, GR. Margot Linke, GR. Volker Weiss) angenommen.

Bearbeiter: Vock

Punkt 18: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Vorhaben „Straßenbeleuchtung“ ein Darlehen in einer maximalen Höhe von € 2,400.000,-- bei der Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG zu einem variablen Zinssatz, 6-Monats-EURIBOR + Aufschlag von 0,98 % p.a, d.s. derzeit 1,346 % p.a. auf Basis 30/360, dekursiv, halbjährlich, Laufzeit: 20 Jahre, Tilgungsbeginn: 1. Jänner 2015, aufgenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 19: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass gemäß § 38 der NÖ. Bauordnung 1996, LGBl. 8200, den aus der Summe einer 3 m breiten Fahrbahnhälfte, eines 1,25 breiten Gehsteiges, der Oberflächenentwässerung und der Beleuchtung der Straße pro Meter errechneten Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe mit

€ 612,00

festgesetzt wird.

Die Erhöhung des Einheitssatzes soll mit 1. Jänner 2013 in Kraft treten.

Die beiliegende Verordnung wolle genehmigt werden.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 7. September 2011 beschlossen, dass der Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe dann neu beschlossen werden soll, sobald sich der Verbraucherpreisindex 2000 um 3 % verändert hat. Der Einheitssatz für die Aufschließungsabgabe soll im Prozentausmaß der Indexerhöhung angepasst werden. Als Ausgangsbasis für die Veränderung des Verbraucherpreisindex wird der Monat April 2011 (125,20 Punkte) des Verbraucherpreisindex 2000 herangezogen. Der Verbraucherpreisindex Oktober 2012 (129,50 Punkte) ist gegenüber dem Verbraucherpreisindex April 2011 um 3,43 % gestiegen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 20: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die nachstehenden Förderrichtlinien beschlossen werden sollen:

Richtlinien für die Industrie- und Gewerbeförderung bei der
Errichtung eines neuen Betriebes in Gänserndorf

Bei der Neuerrichtung eines Industrie-, Gewerbe- oder Handelsbetriebes auf einem bisher nicht verbauten Grundstück gelten hinsichtlich der anfallenden Aufschließungsabgaben folgende Richtlinien:

- 1.) Fallen bei Errichtung eines neuen Industrie- oder Betriebsgebäudes (oder bei einer vorherigen Grundabteilung) Aufschließungsabgaben an, so wird vorerst die Hälfte der fälligen Aufschließungsabgabe bis zur Errichtung des Industrie- bzw. Betriebsgebäudes bzw. der Eröffnung des Betriebes, jedoch längstens auf die Dauer von 3 Jahren, zinsenlos gestundet.
- 2.) Wird das Industrie- bzw. Betriebsgebäude innerhalb von 3 Jahren ab Fälligkeit der Aufschließungsabgabe errichtet und der Betrieb eröffnet, so wird nach Ablauf dieser drei Jahre festgestellt, wie viele vollbeschäftigte Mitarbeiter (keine Lehrlinge) der jeweilige Betrieb im Durchschnitt der letzten 12 Monate beschäftigt hatte. Auf Grund dieser Mitarbeiterzahl wird nun die Höhe der tatsächlichen Förderung ermittelt. Dies jedoch nur dann, wenn für diese Mitarbeiter die Kommunalsteuer an die Stadtgemeinde Gänserndorf entrichtet wurde. Wird die Kommunalsteuer an einen Gemeindeverband oder ähnliches entrichtet, dann gelten diese Fördersätze bei jener Anzahl von Mitarbeitern, die sich aufgrund des Verhältnisses der Mitarbeiterzahl zum Anteil der Stadtgemeinde Gänserndorf am jeweiligen Verband ergibt (z.B. sind dann bei einem Anteil der Gemeinde am Verband im Ausmaß von 25 % mehr als 24 Mitarbeiter erforderlich, um 50 % Förderung zu erhalten.

Keine Mitarbeiter	0 % Förderung
1 - 3 Mitarbeiter	20 % Förderung
4 - 6 Mitarbeiter	35 % Förderung

mehr als 6 Mitarbeiter 50 % Förderung

Die Differenz zum gestundeten Betrag wird mit einer Zahlungsfrist von einem Jahr zinsfrei vorgeschrieben.

Jungunternehmer werden generell mit 20 %, unabhängig von der Mitarbeiteranzahl, gefördert.

Die gestundete Aufschließungsabgabe (gemäß Pkt. 1) soll mittels einer Subvention der Gemeinde aus dem Titel „Industrie- und Gewerbeförderung“ abgedeckt werden.

- 3.) Bei Errichtung von Betriebsgebäuden als Miet- oder Kaufobjekte, wird eine Umwandlung der gestundeten Aufschließungsabgabe in eine Subvention an die tatsächliche Niederlassung und Eröffnung von neuen Betrieben in diesen Objekten gebunden. Sollte das Betriebsgebäude innerhalb von 3 Jahren ab Fälligkeit der Aufschließungsabgabe nicht zur Gänze benützt werden, so ist eine Aliquotierung der Förderung im jeweiligen Ausmaß der tatsächlichen Betriebsansiedlung zu gewähren.
- 4.) Als Fertigstellungszeitpunkt des Industrie- bzw. Betriebsgebäudes gilt die Fertigstellungsmeldung bzw. die tatsächliche Eröffnung des Betriebes.
- 5.) Wird das Industrie- bzw. Betriebsgebäude nicht innerhalb von 3 Jahren ab Fälligkeit errichtet und der Betrieb nicht aufgenommen, so muß über eine eventuelle Verlängerungsfrist der Gemeinderat entscheiden.
- 6.) Auf diese Förderung besteht kein Rechtsanspruch.
- 7.) Diese Richtlinien treten mit 1. Jänner 2013 in Kraft. Die bisherigen Richtlinien werden gleichzeitig außer Kraft gesetzt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 21: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die nachstehenden Förderrichtlinien beschlossen werden sollen:

**Förderung von erneuerbaren Energiequellen und E-Fahrzeugen
für Privatpersonen (natürliche Personen)**

**Richtlinien gültig ab 1.1.2013
Beschlossen in der Sitzung des Finanzausschusses vom 10.10.2012**

Um den Text lesefreundlicher zu gestalten, wurde in diesen Richtlinien auf die zweifache Geschlechts-Bezeichnung verzichtet.

Selbstverständlich werden beide Geschlechter als gleichberechtigt und gleichwertig erachtet.

1. Die Stadtgemeinde Gänserndorf gewährt einen Zuschuss für die Anschaffung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen (Solaranlagen, Photovoltaikanlagen, Klein-Windkraftanlagen bis max. 10kW Leistung, Stromspeicher und ähnliches) sowie für die Anschaffung von ein- und mehrspurigen Elektrofahrzeugen (im folgenden E-Fahrzeug genannt), bis max. 100 kW (gemäß Eintragung im Zulassungsschein).
2. Die Anlage ist im Gemeindegebiet von Gänserndorf zu installieren. Die Förderung wird bei Neuerrichtung bzw. Erweiterung einer bestehenden Anlage, nicht jedoch für Ersatz bzw. Reparatur (Beschädigungen gleich welcher Art) gewährt. Eine neuerliche Förderung einer bereits geförderten Anlage ist frühestens nach 15 Jahren möglich. Der Eigentümer des E-Fahrzeuges muss in Gänserndorf mit Hauptwohnsitz gemeldet sein. Das E-Fahrzeug muss an der Förderadresse zugelassen sein. Für ein weiteres E-Fahrzeug kann frühestens nach 10 Jahren eine Förderung gewährt werden.
3. Das Ansuchen muss binnen 3 Monaten nach Bezahlung der Rechnung gestellt werden. Die Förderung zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen bzw. E-Fahrzeugen wird aber erst dann ausbezahlt, wenn zumindest ein erwachsenes Familienmitglied an der Förderadresse mit Hauptwohnsitz gemeldet ist.
4. Die Höhe der Ausgabe ist durch die Vorlage von Originalrechnungen mit Zahlungsbestätigungen nachzuweisen.
5. Die Förderung beträgt für

E-Fahrzeuge: 20 % der Gesamtkosten, maximal jedoch € 1.000,--

Klein-Windkraftanlagen: 20% der Gesamtkosten maximal jedoch € 750,--

thermische Solaranlagen: € 100,-- pro m² Kollektorfläche; maximal jedoch € 1.000,-- pro Anlage bzw. Liegenschaft.

Fotovoltaikanlagen: € 250,-- pro KWp, max. jedoch € 1.250,-- pro Anlage bzw. Liegenschaft.

Stromspeicher zur Speicherung des eigenen Fotovoltaikstroms (ausgenommen Blei-Akkus): 20 % der Gesamtkosten, maximal jedoch € 500,--.

Der Auszahlungsbetrag wird auf ganze Euro gerundet.

Der Förderungswerber verpflichtet sich, den Vertretern der Stadtgemeinde Gänserndorf auf Verlangen den Zutritt zur Anlage bzw. zum Fahrzeug für Kontrollzwecke zu ermöglichen und die entsprechenden Nachweise der eingehaltenen Förderrichtlinien binnen eines Monats vorzulegen. Die Nichterbringung von verlangten Nachweisen, unrichtige Angaben oder eine Anlagen-Zutrittsverweigerung zieht den automatischen Widerruf der Förderung nach sich. Der gewährte Förderungsbetrag ist hierbei zuzüglich der im § 212b Bundesabgabenordnung festgesetzten Verzugszinsen innerhalb eines Monats ab nachweislicher Zustellung des Widerrufs an die Gemeinde zurück zu erstatten.

Die Genehmigung der Auszahlung der Förderungen erfolgt nach Erfüllung der Voraussetzungen und nach Maßgabe der budgetären Mittel durch den Bürgermeister.

Auf diese Förderungen besteht kein Rechtsanspruch.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 22: Herr Stadtrat Christian Worlicek stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Angebot der BAWAG/PSK vom 19. November 2012, betreffend Erhöhung des Aufschlages auf den EURIBOR ab 1. Jänner 2013 für das Darlehen Nr. 540026084 (Straßenbau und Gehwege – Laufzeit bis 1. Juli 2019) von 0,35 % auf 0,75 %-Punkte und für das Darlehen Nr. 540034974 (Straßenbau und Gehwege – Laufzeit bis 1. Juli 2025) von 0,45 % auf 0,75 %-Punkte angenommen werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Wildmann

Punkt 23: Herr Stadtrat Franz Csucker stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Vermietungen in der Volksschule zusätzlich zu den Tarifen für die Turnsäle folgende Tarife beschlossen werden sollen:

- Aula € 9,00/h
- Pro Klassenraum € 10,90/Einheit
(Bis zu 5 Stunden sind eine Einheit. Über 5 Stunden, innerhalb eines Tages sind 2 Einheiten)

Sollte es zu einer erhöhten Verschmutzung innerhalb der Räumlichkeiten der Volksschule kommen, wird der tatsächliche Reinigungsaufwand dem Verursacher in Rechnung gestellt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 24: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Erneuerung der Küche im Regenbogen KG (siehe Kontrollbericht der NÖ LR) folgende Leistungen vergeben werden sollen:

- Ankauf einer Küche bei der Bestbieterfirma Karner (3 Angebote wurden eingeholt) lt. Angebot vom 28.09.2012 über € 16.470,00 exkl. USt.
- Für diverse Nebenarbeiten, die vom Bauhof durchgeführt werden, wie Erneuerung des Fußbodens, Ausmalen des Raumes, Erneuerung Beleuchtung sollen ca. € 2.000,-- berücksichtigt werden.
- Eventuell notwendige elektrische Arbeiten werden von ortsansässigem Elektriker durchgeführt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 25: Herr Bürgermeister Kurt Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gesamtkosten für den Neubau des Kindergartens Wolkenschiff, Oed-Aigenstrasse 11 in der Höhe von

€ 1.809.069,57 exkl. USt.

(siehe beiliegende Zusammenstellung)

zur Kenntnis genommen werden sollen.

Die vorgesehenen Kosten betragen **€ 1.850.000,00,--** und wurden somit um **€ 40.930,43** unterschritten.

Die unvorhersehbaren Wasserschäden wurden in der Endabrechnung nicht berücksichtigt, welche effektive Kosten von derzeit:

Schaden Fa. Ohler **€ 63.160,10 exkl. USt.**

Schaden Fa. TGB **€ 4.652,71 exkl. USt.**

betragen.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Punkt 26: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fa. A.S.A. aus Himberg bzw. Zistersdorf aufgrund ihres Angebotes vom 18.10.2012 ab 1.1.2013 mit der Entsorgung der an der Deponie anfallenden gefährlichen Abfälle sowie des Altholzes beauftragt werden soll. Die Fa. A.S.A. war Bestbieter gegenüber der Fa. Hödl aus Wittau. Bei den einzelnen Abfallarten ergaben sich zwar keine wesentlichen Preisunterschiede, jedoch ist in den Preisen der Fa. A.S.A. der Containertransport inkludiert, während die Fa. Hödl pro Containertransport € 116,-- verlangt. Im Jahr 2011 mussten daher rund € 5.000,-- an Transportkosten bezahlt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 27: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Deponie bei der Fa. CHV-Container ein Bürocontainer (bestehend aus 2 Stück 5Meter-Containern) gemäß dem Angebot vom 27.11.2012 zu einem Preis von € 8.977,-- exkl. Ust angekauft werden soll. Die Fa. CHV-Container war Bestbieter gegenüber der Fa. Containex mit € 10.000,-- exkl. Ust (für 2 Stück vergleichbare 16Fuß-Container = 489 cm).

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 28: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fa. Stindl aus Gänserndorf mit der Errichtung einer Fotovoltaikanlage am Dach der Feuerwehr aufgrund ihres Angebotes vom 16.11.2012 zu einem Gesamtpreis von € 33.576,-- inkl. Ust. beauftragt werden soll.

Die Fa. Stindl war Bestbieter gegenüber den Gänserndorfer Firmen Legerer (€ 34.380,--) und Breitsprecher (€ 35.820,--).

Der mit dieser Anlage erzeugte Strom im Ausmaß von rund 20.000 kWh jährlich wird an die OeMAG zum Netzparitätstarif von 18 Cent/kWh exkl. Ust. verkauft. Die Gesamterlöse aus den Stromverkäufen werden somit in den nächsten 13 Jahren rund € 54.000,-- inkl. Ust. betragen. Nach Ablauf des OeMAG-Vertrages wird der Strom von der Feuerwehr selbst verwendet werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 29: Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Wald beim Lagerhaus Gänserndorf aufgrund des Angebotes vom 29.11.2012 ein PKW-Anhänger Stetzl E-230-GXL zum Preis von € 1.395,-- exkl. Ust. angekauft werden soll. Der Listenpreis der Fa. Stetzl beträgt für diesen Anhänger € 1.550,-- exkl. Ust.

Laut Schreiben des Lagerhauses vom 29.11.2012 würde die Reparatur des alten Anhängers (Rahmen und Bodenplatte gebrochen) mehr kosten als ein vergleichbarer neuer.

Das Forstpersonal hat den Wunsch geäußert, als Ersatz für den alten Anhänger (E200UXL) den oben genannten größeren Anhänger zu kaufen. Mit diesem kann mehr transportiert werden (955 kg statt 545 kg) und überdies ist er auflaufgebremst (statt bisher ungebremst), was die Sicherheit erhöht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bearbeiter: Lang

Punkt 30: Frau Gemeinderat Christine Rohatsch bringt folgenden Jahresbericht des Umweltgemeinderates zur Kenntnis:

Werte Mitglieder des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf

Da ich erst seit rund einem halben Jahr die Tätigkeit des Umweltgemeinderates unserer Stadt ausübe, kann ich noch keinen wirklichen Rückblick, sondern mehr einen Ausblick auf meine geplanten Vorhaben geben:

Im heurigen Jahr wurde der Baumkataster abgeschlossen. Dies bedeutet, dass der Baumbestand der Alleebäume in Gänserndorf erfasst und nachhaltige Maßnahmen zur Sanierung und Erhaltung gesetzt werden.

Für die Umwelt interessant wird auch die Entwicklung des Gänserndorfer Fernwärmenetzes werden. Die EVN beabsichtigt, noch diesen Winter den Betrieb ihres Heizwerkes aufzunehmen und zahlreiche Haushalte, Gewerbebetriebe und auch Gemeindegebäude mit umweltfreundlich erzeugter Wärme zu versorgen.

Begrüßenswert ist meiner Meinung nach auch, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf in den letzten Jahren verstärkt die Energie der Sonne nutzte und schon zahlreiche Gebäude mit Fotovoltaikanlagen ausstattete. Dies soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, sodass bald alle Dächer von Gemeindegebäuden, welche dafür geeignet sind, mit dieser besonders umweltfreundlichen Möglichkeit der Nutzung der Sonnenenergie ausgestattet sein werden. Die Kraft der Sonne soll in Gänserndorf flächendeckend genutzt werden. Die Errichtung von Fotovoltaikanlagen soll daher im gesamten Gemeindegebiet auch zukünftig finanziell gefördert werden.

Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 20,50 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die GRÜNEN:

Für die FPÖ: